

CHRONIK DER ZEIT

Sicherheit, Soldaten, soziale Frage

Die deutsche nationale, politische und soziale Krise wurde durch den Rücktritt des Bundesinnenministers Heinemann erhellt, als habe plötzlich ein Sturm die Wolkendecke aufgerissen. In den Auseinandersetzungen um die Aufrüstung sind in Deutschland und außerhalb Deutschlands die mannigfaltigsten Überlegungen und Motive fast unentwirrbar ineinanderverwoben. Das vielschichtige, verwickelte, ungewöhnliche Dasein Deutschlands nach dem Kriege hat sie wie kaum etwas anderes sichtbar gemacht. Alle politischen, sozialen, wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Fragen sind davon berührt worden.

Die politische Krise um Heinemann nahm ihren Anfang durch Mißverständnisse. Der Bundeskanzler hatte in der Meinung, er stünde unter einem Zeitdruck, ein Memorandum zur Frage der westdeutschen Sicherheit ohne Befragen des Kabinetts abgeschickt. Die Behauptung, daß das Kabinett die Grundzüge des Memorandums gekannt habe, ist nicht widerlegt worden. Möglicherweise war das nur ein Anlaß, vielleicht nicht einmal der beste, um gegen die Eigenmächtigkeit des Bundeskanzlers Stellung zu nehmen, eine Eigenmächtigkeit, die auch in den Kreisen der Regierungskoalition nicht bestritten wird. Es ist wohl so, daß die Angelegenheit mit dem Memorandum einen Topf zum Überlaufen brachte, wobei der Tropfen, der das bewirkt, nicht immer sehr wichtig zu sein braucht. Dem Bundeskanzler wird vielfach vorgeworfen, daß seine politischen und auch publizistischen Aktionen zur westdeutschen Sicherheitsfrage nie ganz einen Nebelschleier der Unklarheit und der Willkür verloren hätten. Es wird in Bonner Kreisen behauptet, daß sich hier vieles gebessert habe und daß die Fühlungnahme des Kanzlers mit dem Kabinett und der Opposition häufiger und enger sei als bisher. Soweit die Opposition des Innenministers gegen die Eigenmächtigkeit des Kanzlers sich nur gegen diese Eigenmächtigkeit richtete, teilt sie mit vielen Revolten der Geschichte das Schicksal - so wird in Bonn gesagt -, gegen Dinge zu kämpfen, die schon zu einem guten Teil überwunden waren.

In dem Zwielflicht, das die innerdeutsche und internationale Ungewißheit über die Einfügung der Bundesrepublik in die europäische Verteidigung schuf, begannen sich etliche dunkle Kräfte zu rühren. Einzelne Gruppen von Militärs wurden unruhig wie Wild vor der Fütterung. Einige ihrer Verbände und Zusammenschlüsse machten schon embryonale Werbungsbüros auf. Als „Geheime Kommandosache“ wurden die Fragebogen zur Bildung einer „Führerreserve“ verschickt. Das Antichambrieren begann, bevor noch in den Amtszimmern auch nur ein Stuhl, geschweige denn ein Chef vorhanden war. Der bisherige Berater des Bundeskanzlers in militärischen Fragen, General a. D. Graf Schwerin, machte sich gleichsam an die Ausarbeitung eines Wehrgesetzes. Der Bundeskanzler machte schließlich durch die Entlassung von Graf Schwerin Front gegen dieses Getriebe, das in manchen Ansätzen an die unseligen Tage der Freikorps von einst erinnerte.

Der Bundeskanzler hat die Demonstration der Entlassung von General Graf Schwerin noch durch die Erklärung unterstrichen, daß die Bundesregierung unter keinen Umständen eine reine Restauration des alten deutschen Militärs wolle. Es liegt auf der Hand, daß das Schicksal der deutschen Republik in allen Lebensbereichen, den politischen, den wirtschaftlichen, den außenpolitischen und den sozialen, davon abhängt, ob sie - falls eine Rüstung der Bundesrepublik nicht mehr zu vermeiden ist - Kraft genug hat, sich eine Heeresorganisation und eine Heeresform zu schaffen - nach der Gestalt und nach der persönlichen Zusammensetzung -, die einem freiheitlichen Staat angemessen ist. Was Hast hier verderben kann, haben die jüngsten Entwicklungen in Deutschland bewiesen. Die Betrauung des Sicherheitsamtes mit einem Gewerkschafter deutet in dieser Hinsicht in die richtige Richtung. Die Überzeugung bricht sich vielfach Bahn, daß die Aufstellung von Polizei und Heer eine Aufgabe ist, die gegebenenfalls die Mitwirkung aller freien Verbände verlangt und daß nicht zuletzt die Gewerkschaften in einem solch ernsten Augenblick der deutschen Geschichte eine wesentliche Rolle zu erfüllen hätten.

Waren die Aktionen des Bundeskanzlers überblendet von Vorgängen, die nicht von ungefähr als „Geheime Kommandosache“ bezeichnet waren, so wurde das Verhalten des Bundesinnenministers Heinemann überblendet von den Reaktionen der evangelischen Bekenntniskirche und vor allem von

Pastor Niemöller. Heinemann hat sich dann in einer gewissen Weise von den Kundgebungen Niemöllers und der Bekenntniskirche distanziert, ohne daß die Tuchfühlung zwischen ihm und den Kreisen um Niemöller ganz aufgegeben worden wäre. Ein Aufruf der Bekenntniskirche beschuldigte den Bundeskanzler der schon in vollem Gang befindlichen Remilitarisierung. Er bezog sich besonders auf die erwähnten Vorgänge im Dunkeln, ohne sie sehr peinlich in ihrer Bedeutung abzugrenzen und sehr überlegt auf ihr echtes sachliches Gewicht abzuschätzen. Kundgebungen von Pastor Niemöller konnten vielfach auch Zweifel erwecken, ob er eine genügend scharfe und eindeutige Grenzziehung gegenüber der bolschewistischen Gefahr in dem politischen Bereich gezogen habe. Die Kundgebungen Pastor Niemöllers verraten ein bei einem Theologen wohl angebrachtes, aber in der Politik nicht immer ratsames Vertrauen auf die Wirksamkeit der rein geistigen Mittel im Kampf der Mächte dieser Welt.

Die Gewissensentscheidung von Bundesinnenminister Heinemann blieb darum nicht weniger vorbildlich, insofern als ein Mann das Gebot des Herzens höher stellte als Amt und Würde. Auch behält in den Kundgebungen der Bekenntniskirche ein positiver Gesichtspunkt seine Gültigkeit, daß es nämlich außer der materiellen Sicherheit noch viele Dinge zwischen Himmel und Erde gibt, die darüber hinausreichen. Die typisch deutsche Reaktion auf die Frage der Wiederaufrüstung „ohne mich“, eine im Grunde völlig nihilistische Reaktion, zeigt, wie sehr das soziale und nationale Gemeinschaftsgefühl der Deutschen erlahmt ist und wie sehr jeder Appell an die militärische Verteidigung im Angesicht verratener sozialer und nationaler Verantwortungen ins Leere hinein ergehen könnte. Es ist offenkundig, daß durch Deutschland eine Woge der Resignation, ja der Kapitulation geht, die in den Stimmziffern der Wahlen kaum zum Ausdruck kommt.

In dem Bereich der eigentlich militärischen Überlegungen kommt hinzu - was Dr. Schumacher nicht müde wird zu unterstreichen -, daß die Aufrüstung etwas Sinnloses ist, solange den Deutschen nicht die tiefwurzelnde Furcht genommen werden kann, die Beteiligung an der militärischen Rüstung und an dem militärischen Kampf könnte erneut zu dem Orkan von Zerstörung, Gewalttat und Schändung in Deutschland führen, wie er über die Kampfgebiete im Osten in den letzten Kriegsabschnitten hereinbrach. Lieber weiße Fahnen, als Waffen für einen aussichtslosen Kampf, so kennzeichnet man die Haltung eines Großteils der deutschen Bevölkerung, die immerhin den Unterschied der Eroberung von Berlin und der kampfflos erfolgten Besetzung etwa Leipzigs durch die Rote Armee ganz gut kennt. Diese Überlegungen werden in allen deutschen politischen Gruppen gleichviel, wie sie nun zur konkreten Frage der Aufrüstung stehen, angestellt.

Das Eingreifen der evangelischen Bekenntniskirche schien für einen Augenblick auch konfessionelle Fronten im deutschen politischen Leben aufzurichten. Es bleibt aber festzustellen, daß der Bundesinnenminister im Regierungslager auch unter den evangelischen Gruppen sehr wenig Unterstützung gefunden hat. Der Parteitag der CDU in Goslar zeigte eine überraschende Geschlossenheit und mündete in einen fast triumphalen Erfolg von Bundeskanzler Adenauer. Das sind die Fakten, die aus der innerdeutschen Politik in den letzten Wochen festzustellen sind, Fakten, die zu analysieren und zu deuten hier nicht versucht werden soll.

Die Krise hatte die gute Wirkung, daß der Bundeskanzler hinsichtlich des Verfahrens zur Sicherheitsfrage Erklärungen und feste Versprechungen gab, die dem Verlangen der deutschen Öffentlichkeit nach einem konkreten, klar erkennbaren und formgerechten Vorgehen weit entgegenkamen. Er sagte, die Bundesregierung werde eine konkrete Anfrage der Alliierten abwarten. Dann solle auf jeden Fall der Bundestag und nicht die Bundesregierung allein entscheiden. Umstritten ist noch immer zwischen der Regierung und der Opposition, ob der gegenwärtige Bundestag ein Mandat zur Entscheidung über eine Frage habe, die im Augenblick der Bundestagswahl nach den Worten von Dr. Kurt Schumacher „am Horizont des Durchschnittswählers noch nicht sichtbar“ war. Die Bekenntniskirche um Niemöller hat sich gleichfalls für den Standpunkt ausgesprochen, daß sich die Bundesregierung für jede Entscheidung in der Aufrüstungsfrage erst ein neue Vollmacht vom Volk holen müsse. Größere Gruppen im deutschen politischen Leben würden, wie vielfach verlautet und wie es auch die Presse testhalt, eine Verständigung zwischen Regierung und Opposition innerhalb des Bundestages dem recht gefährlichen Wahlkampf mit der Aufrüstung, als dem Zankapfel zwischen den politischen Gruppen, vorziehen. Ziemlich unbestritten ist es aber in weiten Kreisen der Öffentlichkeit - was als Faktum zur deutschen politischen Geschichte der letzten Tage festgehalten werden muß -, daß eine das deutsche Schicksal auf Gedeih und Verderb berührende Frage nicht nur so entschieden werden kann, daß sie gerade noch

formal-rechtlich gültig gelöst ist, sondern so, daß auch in einem höheren Sinne kein Zweifel daran sein kann, daß das deutsche Volk in seiner überwiegenden Mehrheit und als Ganzes so entschieden habe.

Die deutschen Divisionen im Kampf der Weltmächte

Noch immer steht die große deutsche Schicksalsfrage, das Problem der Beteiligung Deutschlands an dem Rüstungskampf der Welt, auf der Tagesordnung im Rat der Großmächte. Damit sind große, weltbewegende Fragen aufgeworfen, die Deutschlands innere Geschicke bis in die Fundamente hinab berühren müssen.

Die USA sind durch den Koreakrieg zu dem endgültigen, in ihrem Herzen schon lange erwogenen Entschluß gekommen, daß deutsche Divisionen für die Verteidigung des Westens notwendig wären. Ohne diese zusätzlichen Divisionen glauben sie nicht, ihren europäischen Brückenkopf mit Sicherheit halten zu können, ohne daß schon klar wurde, wieviel von diesem Brückenkopf (wieviel besonders von Deutschland) unter allen Umständen gehalten werden soll. Es war schon des längeren offenkundig, daß die USA nicht länger gewillt waren, auf das deutsche Wirtschaftspotential und auf das deutsche Menschenmaterial in einem Ringen mit der Sowjetmacht zu verzichten, das Amerika als einen Kampf auf Leben und Tod empfindet. Frankreich sah solche Entwicklungen kommen und glaubte, die Rückverwandlung der Deutschen in einen Machtfaktor durch den Schumanplan aufzufangen. Die positiven Elemente einer aufbauenden ökonomischen Zusammenarbeit vermischen sich in diesem Plan fast unentwirrbar mit negativen Absichten der Kontrolle und der wirtschaftlichen und machtmäßigen Nebenbuhlerschaft. Es war bei der Verkündung des Schumanplans erst zu ahnen, daß Frankreich den Schumanplan als Voraussetzung für die Eingliederung Deutschlands in die Verteidigung des Westens ansehe. Jetzt ist es ausgesprochen worden, daß Frankreich eine auch nur teilweise Aufrüstung der Bundesrepublik nur bei Verwirklichung des Schumanplans akzeptieren will.

Auf dem Hintergrund des Schumanplans und der Bedrohung der französischen Macht in Indochina (mit der entsprechenden Hilfsbedürftigkeit gegenüber den USA) erwies sich der „grundsätzliche Einspruch“ Frankreichs rasch als ein Scheingefecht. Frankreichs Forderung, daß seine Aufrüstung den Vorrang vor der deutschen haben solle und daß sein Rüstungsvorsprung gesichert bleiben müsse (also wieder ein Rüstungswettlauf zwischen den europäischen Nationen), wurde durch eine großzügige Bewilligung von USA-Zuschüssen von Geld und Waffen befriedigt.

So kam es zu dem Pleven-Plan, einer ganz eigentümlichen, vielschichtigen und sehr komplizierten Konstruktion, auf die sich das französische Kabinett geeinigt hat. Es ist bekannt, daß vor allem die französischen Sozialisten jene Bestandteile in den Pleven-Plan hineingebracht haben, die eine auch beschränkte deutsche Wiederaufrüstung fast unmöglich machen. Der Pleven-Plan hat inzwischen lebhaften Widerstand der USA gefunden und in Deutschland ist er sowohl von dem Chef der Regierung als auch vom Führer der Opposition abgelehnt worden.

Neben den nationalen Armeen, die zusammengefaßt die Streitmacht des Atlantikblocks bilden sollen, würde nach diesem Plan eine „europäische Armee“ stehen. In diese Armee würden bis zu Regimentsstärke deutsche Truppeneinheiten eingefügt werden. Die Bundesrepublik dürfte weder einen Generalstab noch ein Verteidigungsministerium haben. Dagegen sollte ein europäisches Verteidigungsministerium errichtet werden. Den Deutschen ist inzwischen aus dem Munde von Oberkommissar Francois-Poncet versichert worden, daß sie auch im Laufe der Zeit auf Kommandostellen vom Regiment aufwärts und schließlich sogar mit dem abwechselnd ausgeübten Oberbefehl über diese Armee rechnen könnten. Es ist kaum zu leugnen und mannigfach unterstrichen worden, daß diese europäische Armee ein wenig einer veredelten Fremdenlegion gleicht. Auch stellt sich wohl Frankreich das europäische Verteidigungsministerium als eine Art „dépendance“ seines eigenen vor, da es ja seine eigene Armee behält und nur einen Teil seiner Truppen in die europäische Armee abkommandiert, während Deutschland sozusagen nur „europäische Soldaten“ hat. Es liegt auf der Hand, daß bei einer solchen Konstruktion die Führungsstellung an Frankreich fallen muß, zumal die Einladung an England nach allgemeiner Übereinstimmung nur als eine Geste der Höflichkeit angesehen wird. Frankreich fordert, daß vorher die politische Organisation Europas einigermaßen unerschüttert dastehe und daß der Schumanplan als die wirtschaftliche Organisation Europas verwirklicht ist. Der Schumanplan (in seinen auf die Sicherheit Frankreichs gerichteten Bestandteilen) und der Pleven-Plan stimmen darin überein, daß sie die deutschen wirt-

schaftlichen und militärischen Einheiten in das Stahlgefüge größerer europäischer Einheiten eingliedern und ihnen dadurch die Giftzähne ziehen wollen. Die deutsche Industrie soll in ihrer Organisation sozusagen nicht über „Regimentsstärke“ hinauskommen.

Ein Großteil der Weltpresse sah sich deshalb auch außerstande, in dem Plan etwas anderes als ein Verzögerungsmanöver zu sehen. Die deutschen Einwände liegen auf der Hand, und Dr. Konrad Adenauer und Dr. Kurt Schumacher unterscheiden sich in ihrer Haltung zum Plevén-Plan eigentlich in den meisten Punkten nur den Akzenten nach. Eine deutsche Aufrüstung ohne die deutsche Gleichberechtigung wird als ein Widersinn empfunden. Die Deutschen müßten schließlich in Europa noch andere Rechte haben als das, dafür zu sterben. Ob die deutschen Militärs dadurch zur Demut erzogen werden können, daß sie hauptsächlich für das Kommando vom Regiment abwärts ausersahen sind, wird in der deutschen Publizistik nachdrücklich bezweifelt.

Es wird auch als fraglich bezeichnet ob deutsche Soldaten zum Gehorsam gegen den Staat, der bisher nicht ihre auffallendste Tugend war, dadurch erzogen werden, daß der deutsche Staat über sie keine Gewalt hat. Der Schumanplan birgt ja eine ähnliche Gefahr in sich, indem er nämlich die europäische Industrie gewissermaßen staatenlos macht und sie aus ihren sozialen und staatlichen Verantwortungen löst, ohne daß sie nachher einer wahrhaft wirksamen überstaatlichen Autorität gegenüberstehen würde. Etwas Ähnliches könnte gemäß dem Plevén-Plan auch mit den deutschen Soldaten geschehen.

Die Lösung der europäischen Sicherheitsfrage liegt nicht darin; die deutsche Demokratie aus ihren Verantwortungen zu entlassen, sondern allein darin, sie durch die Entfaltung aller ihrer freien Kräfte, der politischen, der wirtschaftlichen, der sozialen und der gewerkschaftlichen, zu festigen und sie in die Lage zu versetzen, auch weite und gefährliche Verantwortungen zu tragen.